



Zu Guttenberg: Weichenstellung für Forstwirtschaft

Beitrag

„Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat bereits erste wichtige Weichen für die Forstwirtschaft gestellt“, sagte Philipp zu Guttenberg, Präsident der AGDW – Die Waldeigentümer, anlässlich der 100-Tage-Bilanz von Bundesministerin Julia Klöckner. Dazu zähle das Kommunikations- und Informationszentrum Wald und Holz sowie die Benennung eines Waldbeauftragten, der heute von der Ministerin vorgestellt wird.

Insbesondere das neu geschaffene Kommunikationszentrum, das bei der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) angesiedelt ist, wird für die Waldeigentümer einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Forschungsergebnisse sollen hier gebündelt und an Waldbesitzer und Öffentlichkeit vermittelt werden.

„Der Fokus muss auf dem Kleinprivatwald und den forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen liegen, die mit der anstehenden Strukturreform vor einer der größten Herausforderungen stehen. Hierzu brauchen wir eine walddpolitische Offensive“, forderte zu Guttenberg. Diese Offensive müsse zwei Schwerpunkte haben: Erstens politische Maßnahmen, wie sie von Bundesministerin Julia Klöckner jetzt vorgestellt wurden. Zweitens passende Fördermaßnahmen wie z.B. die direkte Förderung der Beförderung des Kleinprivatwaldes und die beihilferechtliche Anerkennung der gezielten Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse durch die Europäische Union.

Da Wald und Waldbewirtschafter in Deutschland mit vielfältigen Ansprüchen konfrontiert werden, sei die Institutionalisierung eines Waldbeauftragten der Bundesregierung ein wichtiger politischer Meilenstein. „Mit Cajus Caesar hat die Forstwirtschaft einen hochkompetenten und kommunikationsstarken Ansprechpartner“, sagte der AGDW – Präsident. Der künftige Waldbeauftragte soll als „Botschafter des Waldes“ zwischen Politik, Verbänden und Gesellschaft vermitteln.

„Ich freue mich auf diese Aufgabe“, sagte Cajus Caesar, der erste Waldbeauftragte in der Geschichte der Bundesrepublik. „Wichtig ist mir eine enge Zusammenarbeit mit den Waldbesitzern, die unsere Wälder vorbildlich bewirtschaften, und deren Leistungen mehr Anerkennung erfahren müssen.“ Insgesamt möchte er der Bedeutung der Waldwirtschaft einen Schub geben und darüber hinaus einen

Schwerpunkt auf die Waldpädagogik und -bildung legen. Des Weiteren betonte Caesar, dass es ihm wichtig sei, die Waldbesitzer in künftige Regelungen bereits im Vorfeld mit einzubeziehen, dies gelte gerade für die Erarbeitung der Waldstrategie 2050.

Für den AGDW – Präsidenten ist auch die Weiterentwicklung der Waldstrategie ein positives Signal – erst recht, da die Einbeziehung der Verbände sowie eine langfristige Planung der Waldentwicklung auf der Agenda steht. Und auch der jüngste Start des Europäische Forstinstituts (EFI) mit Sitz in Deutschland sei ein guter Schritt. Das Institut soll das umfangreiche Forschungswissen in Europa im Bereich Wald und Umwelt für die Mitgliedstaaten und die europäischen Entscheidungsträger aufbereiten.

„Da die Forstwirtschaft angesichts tiefgreifender Veränderungen auf nationaler wie europäischer Ebene unter einem hohen Reformdruck steht, sind diese Maßnahmen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, sagte zu Guttenberg.

AGDW-Vizepräsidenten Norbert Leben und Roland Burger haben Anliegen der Waldeigentümer beim Verbändegespräch mit der Ministerin vertreten

Die Verbandsspitze der AGDW war am gestrigen Mittwoch, 20. Juni 2018, zu einem Verbändegespräch des Clusters Forst und Holz mit Bundesministerin Julia Klöckner eingeladen. **Norbert Leben**, Präsident des Waldbesitzerverbandes Niedersachsen, und **Roland Burger**, Präsident der Forstkammer Baden-Württemberg und Bürgermeister der Stadt Buchen, haben die Anliegen der Waldeigentümer vertreten. Vor dem Hintergrund des Kartellverfahrens standen Forderungen rund um eine direkte Förderung für den Kleinprivatwald auf der Agenda der Verbandsspitze.

„Wir brauchen einen Marshallplan für den Kleinprivatwald, der mit den Folgen der Strukturreform am meisten zu kämpfen hat“, sagte Norbert Leben. Unterstützung bei der Beförderung wie auch für die Weiterbildung der forstlichen Akteure stehen hier im Vordergrund.

Roland Burger forderte darüber hinaus die Freistellung der Kommunen vom Vergaberecht beim Holzverkauf über die Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse nach § 40 BWaldG. „Die kommunalen Waldbesitzer brauchen größere Spielräume beim Holzverkauf, um auf dem Markt nicht das Nachsehen zu haben“, sagte Burger. Dies sei gerade vor dem Hintergrund wachsender Schadereignisse wie Stürme oder Orkane von zunehmender Bedeutung.

Die Forderungen der AGDW beim Verbändegespräch:

Kartellverfahren

- Erweiterung des Förderrahmens durch Anhebung der De-minimis-Regelungen für Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse
- Beihilferechtliche Anerkennung der gezielten Förderung der Zusammenschlüsse zur Professionalisierung durch die Europäische Union
- Übergang von einer indirekten Förderung zu einer direkten Förderung der Beförderung des Kleinprivatwaldes unter Wahrung des Diskriminierungsverbotes
- Freistellung von Kommunen vom Vergaberecht beim Holzverkauf über Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse nach § 40 BWaldG
- „Marshallplan“ für den Kleinprivatwald

Weitere Forderungen

- Pflanzenschutz
- Beschleunigte Zulassung vor dem Hintergrund des Klimawandels und der steigenden Gefahr von Kalamitäten durch Witterungsextreme
- Unbürokratische Zulassung von Bekämpfungsmaßnahmen durch Luftfahrzeuge im drohenden Kalamitätsfall
- Kalamitätsfall (Nadelverlust über 90 Prozent) mit geringerem Schwellenwert neu definieren
- Finanzielle Entschädigung im Falle untersagter Bekämpfungsmaßnahmen
- Runder Tisch für das Cluster Forst & Holz im BMEL
- Flächendeckender Ausbau der Fortbildung der Waldbesitzer durch entsprechende Förderprogramme
- Paneuropäische Waldkonvention neu initiieren

Weitere Informationen gibt es unter www.waldeigentuemmer.de.

Foto: BMEL – **Bildunterschrift:** Bundesministerin Julia Klöckner und AGDW – Vizepräsident Norbert Leben.



Kategorie

1. Land- & Forstwirtschaft